

Aufruf zur Gründung: Bündnis „Zukunft der Industrie“

Ausgangslage und Aufgabe

- **Der industrielle Sektor einschließlich der industrienahe Dienstleistungen ist Stabilitätsanker, Innovationskern und Wachstumstreiber der deutschen Wirtschaft.** Hohe Wertschöpfung und dynamische Innovationen, qualifizierte und gesicherte Arbeit, stabile Sozialsysteme und Elastizität der öffentlichen Haushalte sind ganz wesentlich mit einer wettbewerbsfähigen Industrie verbunden.
- **Im letzten Jahrzehnt hat Deutschland jedoch ein im internationalen Vergleich recht schwaches Wachstum der Wirtschaft, der Produktivität und der Einkommen verzeichnet.** Ohne eine Belebung der privaten und öffentlichen Investitionstätigkeit mit Investitionen im Bildungswesen und einer modernen Industriepolitik wird dies nicht behoben werden können.
- **Der Industriestandort ist mit umfassenden, strukturverändernden Herausforderungen konfrontiert, die durch einzelne Unternehmen allein oft nicht zu bewältigen sind** – vom demografischen Wandel und dem Mangel an Fachkräften über eruptive technologische Veränderungen der Digitalisierung und der Energiewende bis zu Ressourcenknappheit und der Infrastrukturlücke in Deutschland. Hinzu treten internationale Krisen und Konflikte, die mit Sanktionen belegte regionale Märkte zu verschließen drohen. Das schwache Wachstum in Europa wirkt zudem bremsend. Tiefgreifende Integrationschritte im europäischen Binnenmarkt sind außerhalb des Bankenmarkts dringend erforderlich.
- **Die Beschäftigten in Industrie und industrienahe Dienstleistungen sind Träger der Wertschöpfung und von Innovation.** Die Initiative für eine dynamische und innovative Industrie zielt deshalb darauf ab, Beschäftigung zu sichern und weiter auszubauen. Beispielhaft dafür ist die Strategie „besser statt billiger“. Denn die Stärke und damit auch die Zukunft der deutschen Industrie liegen in herausragenden, innovativen Qualitätsprodukten, die von motivierten, qualifizierten Beschäftigten und Fachkräften in fairer Arbeit zu gesicherten Tarifbedingungen produziert werden.
- **An der Schwelle eines neuen Industriezeitalters, wo globale Wertschöpfungsanteile, Innovationsführerschaften und Produktionsstandorte neu umkämpft sind, braucht Deutschland eine „konzertierte Aktion“.** Das Ziel: die Zukunft der Industrie in Deutschland und Europa sichern. Die Aufgabe: die umfassenden Herausforderungen systematisch und kooperativ angehen durch politische Initiative, durch unternehmerisches und gewerkschaftliches Engagement in einem Aktionsbündnis von Bundesregierung und Sozialpartnern. Die Industrie der Zukunft setzt nicht zuletzt mehr Akzeptanz und Offenheit für technologische Innovation und ihre infrastrukturellen Bedingungen voraus.
- **Wir rufen ein Bündnis „Zukunft der Industrie“ ins Leben.** Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Unternehmensverbände und Gewerkschaften des industriellen Sektors wollen unter dem Dach dieses Bündnisses die bestehenden Dialogforen und Branchendialoge koordinieren und revitalisieren. Ergebnisse laufender Dialoge sind zu sichern, zu systematisieren und in einem Aufgabenkatalog zu verdichten. Das Bündnis lädt weitere gesellschaftliche Akteure und öffentliche Institutionen ein, sich an dieser konzertierten Aktion zu beteiligen.

Zukunft einer modernen, sozialen und nachhaltigen Industrie in Deutschland – Stabilitätsanker und Wachstumstreiber

Der industrielle Sektor ist das Fundament für Wachstum, Wohlstand und gute Arbeit in Deutschland. Anders als andere Länder hat Deutschland in den letzten Jahrzehnten seine Industrie nicht aufgegeben, sondern modernisiert und weiterentwickelt. Die exportorientierte Industrie bildet nach wie vor das Rückgrat der deutschen Wirtschaftskraft. Die Industriegüterproduktion hat einen Anteil von ca. 40 Prozent am gesamtwirtschaftlichen Produktionswert der deutschen Wirtschaft. Zusammen mit den produktionsnahen Dienstleistungen hängen sogar knapp 60 Prozent direkt oder indirekt von der industriellen Produktion ab. Die industrielle Wertschöpfung ist damit für den Wohlstand und die politische Stabilität in Deutschland von größter Bedeutung. Nicht umsonst gilt der noch vor

wenigen Jahren als „gestrig“ titulierte deutsche Industriestandort heute als Vorbild. Eine wesentliche Erklärung, wie die deutsche Ökonomie vom „kranken Mann Europas“ zum Stabilitätsanker mutierte, liegt in der Stärke der Industrie. Deutschland ist unter den reifen OECD-Ökonomien die einzige Nation, die seit 1995 ihren Industrieanteil am BSP erhöhen konnte, und nimmt inzwischen für die Industrien in den europäischen Nachbarländern eine zentrale Drehscheibenfunktion wahr.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise der Jahre 2008 und 2009 hat gezeigt, dass Deutschland durch kooperatives Vorgehen der Sozialpartner, erfolgreiche Konjunkturpolitik und abgestimmte Arbeitsmarktpolitik weit besser durch den Wachstumseinbruch gekommen ist als andere vergleichbare Länder. Hohe Arbeitslosigkeit konnte vermieden werden.

Solche Erfolge erklären sich zum einen aus der modernen Tarif- und Mitbestimmungspolitik, die weite Bereiche des Industriesektors kennzeichnet. Sie ist Basis der wettbewerbsfähigen, innovativen Industrie mit guten Arbeitsbedingungen und ermöglicht soziale Innovationen. Zum anderen trugen eine funktionierende Sozialpartnerschaft und konstruktive betriebliche Zusammenarbeit mit dazu bei, dass die Industrie in der Lage war, einen permanenten Modernisierungsprozess in die Wege zu leiten. Die wissensintensive Industrie hat gegenüber der sonstigen Industrie deutlich an Gewicht gewonnen. Ihre Wertschöpfung wuchs zwischen den Jahren 1995 und 2010 um über 50 Prozent. Zugleich verfügt Deutschland als einzige Nation noch über eine komplette Wertschöpfungskette unterschiedlicher Branchen und Betriebsgrößen von spezialisierten Mittelständlern bis hin zu großen Mittelständlern und Großunternehmen mit hohem Internationalisierungsgrad, von den Grundstoffindustrien bis hin zu spezialisierten Zulieferern und großen Systemanbietern auf wachstumsstarken Leitmärkten. Auch wenn die kleinen und mittleren Unternehmen absolut betrachtet nach wie vor die meisten Beschäftigten haben, nimmt die Bedeutung von Großunternehmen vor allem bei den wissensbasierten Industrien zu. Auf Industrieunternehmen mit bis zu 500 Mitarbeitern entfallen nur knapp 13 Prozent der Aufwendungen für Forschung und Entwicklung. Hier nehmen die Großunternehmen die dominante Rolle ein.

In den USA und Großbritannien werden inzwischen intensive Debatten über eine Reindustrialisierung geführt. Andere Länder mussten schmerzhaft feststellen: Sind industrielle Arbeitsplätze aufgrund einer einseitigen Fixierung auf den Tertiarisierungsprozess erst einmal verloren und Wertschöpfungsketten unterbrochen, bedarf es großer Anstrengungen und eines langen Atems, um entstandene Lücken wieder zu schließen.

Neue Forschungsergebnisse über sog. „Hybridprodukte“ zeigen, dass die Trennung zwischen den Sektoren Industrie und Dienstleistung aufgegeben werden muss. Wertschöpfung entsteht immer mehr im Zusammenspiel. Die starke Verbindung zwischen Industriegütersektor und unternehmensbezogenen Dienstleistungen hat zu einem hoch wettbewerbsfähigen Geflecht an wirtschaftlichen Strukturen in der Bundesrepublik geführt. Insbesondere für Deutschland lässt sich ein besonders hoher Verflechtungsgrad zwischen sekundärem und tertiärem Sektor nachweisen, ein Vorteil für Leistungsbündel und Gesamtpakete auf den internationalen Märkten. Es bestehen zwischen der Industrie und dem Dienstleistungssektor komplementäre Beziehungen, jedoch mit einer herausragenden Bedeutung der industriellen Wertschöpfung: Der Industriesektor beschleunigt die Entwicklung von Dienstleistungen, vor allem in den wachsenden und produktiven Bereichen des tertiären Sektors. Mit anderen Worten zeigt es sich, dass das Wachstum der unternehmensbezogenen Dienstleistungen zu einem nicht unbeträchtlichen Teil auf das Wachstum des Industriegütersektors zurückzuführen ist. Der exportorientierte Industriesektor ist damit der Motor für die Entwicklung der unternehmensbezogenen Dienstleistungen.

Eine zukunftsfähige, das heißt: moderne, leistungs- und wettbewerbsfähige, Industrie ist für Deutschland von herausragender Bedeutung. Sie ist Produktivitäts- und Innovationsmotor und damit der Kern unserer Wirtschaft. Unsere Industrie trägt entscheidend zum gesellschaftlichen Wohlstand und Fortschritt bei. Deutschland geht es wirtschaftlich gut, weil hier eine hochleistungsfähige und wettbewerbsstarke Industrie zu Hause ist. Eine Industrie, für die die Gegensätze „Old“ und „New Economy“ nicht passen. In enger Zusammenarbeit mit dem Dienstleistungssektor und entlang der gut funktionierenden Wertschöpfungsketten entstehen nicht nur Produkte, sondern vielmehr intelligente Problem-Lösungs-Pakete aus einer Hand, die erfolgreich auf den Weltmärkten angeboten werden.

Gleichwohl zeigt der internationale Wettbewerb in vielen Branchen auch, dass die Einsatzmöglichkeiten von modernen Daten-, Informations- und Kommunikationstechnologien neue Strukturen in der Wertschöpfung hervorbringen und neue politische Gestaltungsfragen auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene stellen. Diese Veränderungen sind eng verknüpft mit Fragen der Finanzierung industrieller Innovation, des Rechtsrahmens der Datenwirtschaft und der allgemeinen IT-Infrastruktur. Diese Entwicklungen werden weitreichende Auswirkungen auf die Gesamtwirtschaft (Produktion, Produktivität, Lebensstandard), auf die Arbeitswelt, insbesondere die Qualifikationsprofile der Beschäftigten, und auf die Konsumgewohnheiten haben.

Warum wir ein Bündnis für eine zukunftsfähige und moderne Industrie benötigen

Damit die Industrie der Zukunft zum starken Kern der deutschen Wirtschaft werden kann, muss die Industriepolitik angesichts der strukturellen Wandlungs- und Transformationsprozesse – angetrieben durch die Megatrends von der demografischen Entwicklung bis zur Digitalisierung – neu ausgestaltet werden. Dies kann nur im Dialog zwischen allen relevanten Partnern funktionieren. Wir brauchen daher eine gemeinsame Plattform, um den Industriestandort Deutschland nachhaltig modern zu gestalten. Modernität der Industrie heißt Modernität der Volkswirtschaft. Die Belange von Beschäftigten und Unternehmen stehen dabei im Mittelpunkt.

Industriepolitik mit umfassender Perspektive

Primäres Ziel ist es, die vorhandene Stärke der deutschen Industrie für die Zukunft weiterzuentwickeln und zu sichern. Industriepolitik kann dabei nur erfolgreich sein, wenn sie sich nicht auf einzelne Teilbranchen und Sektoren beschränkt. Eine umfassende Perspektive auf die gesamte Breite und Vielfalt der deutschen Industrie ist nötig. Technologie und Innovation, Investitionen und Modernisierung der Infrastruktur, Bildung und Qualifizierung, Fragen der Rohstoff- und Energiesicherheit, der Wirtschaftlichkeit der Energiewende, der investitionsfreundlichen Regulierung und Besteuerung sowie moderner tarifvertraglicher Regeln sind zu adressieren. Die „horizontale“ Verbesserung der Wettbewerbsbedingungen bietet die Grundlage für „vertikale“ Branchenstrategien, die erarbeitet werden müssen. Nicht zuletzt, weil die besondere Lage und die konkreten Probleme einzelner Branchen die Industriepolitik als Ganzes informieren. Nur gemeinsam und kooperativ können Unternehmen, Gewerkschaften und Bundesregierung die anstehenden Herausforderungen bewältigen. Denn es gilt, nicht nur die nötigen Antworten für eine moderne, wissensbasierte und innovationsstarke Industrie zu geben, sondern diese auch in die Tat umzusetzen: die Gewerkschaften und Unternehmen, indem sie Beschäftigung und gute Arbeitsbedingungen als Basis für eine starke Industrie gemeinsam sozialpartnerschaftlich gestalten; der Staat, indem er für stabile, fördernde wirtschafts- und industriepolitische Rahmenbedingungen sorgt; und die Unternehmen, indem sie in den Industriestandort Deutschland und ihre Beschäftigten investieren.

Die Investitionslücke schließen

Wenn wir Wert auf eine leistungsstarke moderne Industrie legen, muss diese auf guten Arbeitsbedingungen aufbauen. Sie ist ein entscheidender Faktor zur Fachkräftesicherung und damit für Konkurrenz- und Innovationsfähigkeit. Für Innovationen und die Modernität der Industrie sind aber nicht nur Fachkräfte, sondern auch Investitionen maßgeblich. Investitionen in Infrastruktur, Industrieanlagen, Forschung und Entwicklung sowie Beschäftigte. Deutschlands Investitionsquote ist in den letzten 20 Jahren zurückgegangen und im internationalen Vergleich zu gering. Über die nächsten Jahre sollte daher über eine erhöhte gesamtwirtschaftliche Investitionstätigkeit die Modernisierung des Kapitalstocks herbeigeführt und das Potenzialwachstum der deutschen Volkswirtschaft nennenswert gesteigert werden. Höhere Investitionen sind sowohl eine Aufgabe der öffentlichen Hand als auch der Unternehmen. Auch aus diesem Grund bietet sich eine tripartistische Initiative an. Wir brauchen eine koordinierte Investitions-offensive, die sich an den Schlüsselmärkten und Schlüsseltechnologien orientiert, sowie ein Impulsprogramm für Investitionen zur Modernisierung der Infrastruktur. Dies betrifft ein schnelles Internet durch Breitbandausbau für alle und eine gute Verkehrsinfrastruktur ebenso wie die Schaffung eines intelligenten Energienetzes, das den Ausbau der erneuerbaren Energien bewältigt. Wir brauchen Investitionen in die Modernisierung der Produktionsstätten. Notwendig sind darüber hinaus investitionsfördernde steuerliche Rahmenbedingungen, vor allem im Bereich der Energie- und Ressourceneffizienz.

Industrieakzeptanz erhöhen

Neben einer Investitions-offensive bedarf es eines breiten Rückhalts der Industrie in der Bevölkerung. Wir beobachten mit Sorge, dass die Akzeptanz von neuen, industriellen Großvorhaben in der Bevölkerung auf teilweise erhebliche Skepsis stößt und die Bedeutung der Industrie für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands vielfach verkannt wird. Gemeinsames Vorgehen und tripartistische Vereinbarungen sind die Basis für eine bessere Vermittlung von neuen Industrieprojekten, insbesondere wenn es um sog. „Großprojekte“ geht. Moderne Beteiligungsformen werden bislang noch nicht in Zusammenhang mit der Installation von neuen Großprojekten gesehen. Alte (scheinbare) Gegensätze von Ökologie und Ökonomie sind hier noch lange nicht überwunden. Wir brauchen einen Infrastrukturkonsens, einen neuen gesellschaftlichen Konsens über Modernisierung und Ausbau der Infrastruktur sowie, damit verbunden, eine umfassende und frühzeitige Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern bei der Planung neuer Infrastrukturvorhaben. Notwendig ist jedoch

auch die Erarbeitung einer „intellektuellen Grundlage“, um der Bevölkerung eine differenzierte Chancen- und Risikodiskussion abzuverlangen, die mit einer realistischen Bewertung ökonomischer, ökologischer und sozialer Entwicklungen einhergeht. Dazu gehört die Einsicht, dass Technologien und industrielle Produktion nie völlig ohne Risiken sein können, auch nicht in der Produktion und dem Vertrieb regenerativer Energien.

Die Digitalisierung der Industrie

Die deutsche Industrie muss sowohl für Investoren als auch Beschäftigte attraktiver werden. Gleichzeitig müssen Strukturen und Organisation an veränderte Wertschöpfungsketten im digitalen Zeitalter angepasst und modernisiert werden, um die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft – und damit Deutschland als Industrieland – nachhaltig zu sichern. Wir müssen die Wertschöpfungsketten insgesamt betrachten. Unternehmerische Entscheidungen über industrielle Wertschöpfung in Deutschland werden zukünftig stärker davon abhängen, inwiefern die Wertschöpfung durch Software und den Einsatz von Daten-, Informations- und Kommunikationstechnologie erhöht und gesteuert werden kann. Wir brauchen für die Entwicklung neuer, innovativer Produkte auch die Disziplinen des Gestaltens und des Entwerfens, also die jungen kreativen Unternehmen aus der „Digitaliszene“. Diese Zusammenarbeit wird unter dem Thema Industrie 4.0 noch deutlicher hervortreten. Ganz entscheidend für die Zukunft ist daher der Ausbau der digitalen Infrastruktur, die Schaffung eines guten Rechtsrahmens für Datenschutz und Wettbewerb und einen digitalen Binnenmarkt in der EU. Zudem müssen in ganz Europa die Schwächen in der Wagnis- und Beteiligungsfinanzierung angegangen werden.

Ein Bündnis für moderne Industriepolitik

Um die aufgeworfenen Herausforderungen angemessen beantworten zu können, sind gemeinsame Anstrengungen erforderlich. Um diese verbindlich zu koordinieren und bestehende Dialoge zu revitalisieren, brauchen wir ein Bündnis „Zukunft der Industrie“.

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi), der Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI) und die Industriegewerkschaft Metall (IG Metall) rufen als konzertierte Aktion das Bündnis „Zukunft der Industrie“ ins Leben. Das Bündnis will konkrete aktuelle Entscheidungsbedarfe hochrangig aufgreifen, dort aber nicht stehen bleiben, sondern vor allem auch eine industriepolitische Perspektive 2030 entwerfen. Es soll bestehende Foren, Plattformen und Dialoge zwischen Sozial-

partnern, Wirtschaft und Politik nicht ersetzen. Vielmehr sollen die bisherigen Ergebnisse und Forderungen branchenspezifischer Dialoge zusammengefasst, gewichtet, kommuniziert und in verbindliche Handlungsstrategien übersetzt werden. Es fehlt nicht an Dialogformaten. Erforderlich sind ein Gesamtblick, politische Koordinierung, wirksame Kommunikation und verbindliche Umsetzung. Wir brauchen eine Bündelung zentraler industriepolitischer Kompetenzen auf nationaler Ebene, eine verbesserte Koordination industriepolitischer Belange sowie die Zusammenführung von Zuständigkeiten. Wir brauchen eine bessere Koordinierung wichtiger Bereiche der Forschungs- und Förderpolitik sowie der Industrie- und Wettbewerbspolitik in Deutschland und Europa. Ein tripartistisches Bündnis, das eine moderne Industrie gestaltet.

1 High-level Group

Der Bundesminister für Wirtschaft und Energie, die Vorsitzenden und Präsidenten von BDI und IG Metall sowie weiteren Partnern konstituieren die High-level Group des Bündnisses.

2 Stiftung „Zukunft der Industrie“

Die Partner gründen eine tripartistische Stiftung „Zukunft der Industrie“. Aufgabe der Stiftung ist die wissenschaftlich-analytische Begleitung des Bündnisses, der Bürgerdialog, die Stärken des deutschen Modells der Sozialpartnerschaft und die Investitionsbedingungen zu verbessern und die Werbung zur Förderung der Industrieakzeptanz in Deutschland einschließlich der Durchführung von Imagekampagnen. Die Stiftung bettet ihre Arbeiten in einen internationalen Kontext ein und sucht die Vernetzung im OECD-Raum.

3 Arbeitsgruppen

In den Arbeitsgruppen soll zunächst eine konsistente Agenda erarbeitet werden, die die Ergebnisse der wesentlichen bestehenden Plattformen, Foren und Dialoge zur Industriepolitik auf Bundesebene bündelt.

Die Arbeitsgruppen stellen somit sicher, dass die spezifischen Belange einzelner Branchen und die besonderen technologie- und strukturpolitischen Herausforderungen entlang der Megatrends von demografischem Wandel, Energiewende, Digitalisierung und globalem Wettbewerb aufgenommen werden. Zum einen sollen auf dieser Basis konkrete gemeinsame Verabredungen getroffen und prioritäre Maßnahmen vereinbart werden, um eine moderne

Industrie(politik) zu gestalten. Zum anderen soll eine mittel- und langfristige Zukunftsperspektive für die Industrie in Deutschland erarbeitet werden. Diese ist nur auf Basis einer offensiven Internationalisierungsstrategie denkbar. Dies bedeutet, dass die Internationalisierungsstrategie in allen Arbeitsgruppen als grundlegend zu verankern ist. Experten der beteiligten Akteure und, wo sinnvoll, weiterer gesellschaftlicher Partner und öffentlicher Institutionen sollen in vier Arbeitsgruppen folgende Themenschwerpunkte bearbeiten:

1. AG Attraktive Industrie

Der deutschen Bevölkerung scheint es nicht nur an Akzeptanz gegenüber Großprojekten zu fehlen, sondern vielfach auch gegenüber der Industrie und industrienaher Infrastruktur im Allgemeinen. Zumindest verstärken in den letzten Jahren zunehmende Proteste und Bürgerinitiativen diesen Eindruck. Angesichts der Bedeutung der Industrie und der industrienahen Dienstleistungen in Deutschland für Wohlstand und Fortschritt muss es daher ein zentrales Anliegen sein, die Attraktivität der Industrie zu erhöhen. Was sind die zentralen Bedingungen für eine attraktive Industrie? Hierzu sind Studien notwendig, die etwa an die Forschungen zur Technikakzeptanz in den 1980er Jahren anknüpfen. Wir benötigen ein grundlegendes Verständnis über die individuellen Ängste und Interessen der Bürger/-innen. Es stellt sich beispielsweise die Frage, ob tatsächlich die Gesamtindustrie oder vor allem bestimmte Branchen in der Bevölkerung besonders negativ gesehen werden. Variieren kann der Akzeptanzgrad nicht nur zwischen verschiedenen Branchen, sondern auch zwischen Personengruppen. Ebenso sind unterschiedliche Gründe für negative Sichtweisen wahrscheinlich. Weil es in der Bevölkerung zu unterschiedlichen Formen der Energiegewinnung ebenso divergierende Meinungen gibt wie zu Maschinenbau, Automobilherstellung, Chemie, Pharmazie oder Softwareproduktion, müssen wir entsprechend differenziert auf die Frage nach der Steigerung der Attraktivität der Industrie antworten.

Ein grundsätzlicher Ansatzpunkt für eine breitere Akzeptanz liegt darin, die Wahrnehmung der Industrie zurechtzurücken. Dafür bedarf es einer angemessenen Kommunikationsstrategie und handfester Argumente. Es fehlt ein grundlegendes Wissen darüber, wie wichtig die Industrie für die Wirtschaft in diesem Land ist. Diese Tendenz verstärkt sich, je mehr sich der Dienstleistungssektor ausweitet und postmaterialistische Werte wichtiger werden. Klargestellt werden muss, dass die Industriegesellschaft nicht durch die Dienstleistungsgesellschaft abgelöst wird. Vielmehr haben wir es mit einer industriell basierten Wissensgesellschaft zu tun, die nicht nur auf einer industriellen Basis fußt, sondern sich auch durch eine enge Verzahnung

zwischen dem Dienstleistungsbereich und der wissensbasierten Industrie auszeichnet. Die Gesellschaft braucht die moderne Industrie genauso, wie die moderne Industrie die Gesellschaft braucht. Ein schlechtes Image der Industrie in der Gesellschaft bedroht somit nicht nur die Leistungsfähigkeit der Industrie, sondern auch den gesellschaftlichen Wohlstand. Deutlicher als in der Vergangenheit muss der Nutzen der Industrie in unterschiedlichen Bereichen der Ökonomie, aber auch für das Alltagsleben der Bevölkerung herausgearbeitet werden. Dies gilt für den aufgezeigten Zusammenhang der komplementären Beziehungen zwischen tertiärem und sekundärem Sektor. Es muss klar vermittelt werden, dass eine Weiterentwicklung der unternehmensbezogenen Dienstleistungen, aber auch der Humandienstleistungen nicht ohne eine starke Industrie erfolgreich vollzogen werden kann. In Zukunft werden alle Formen von Dienstleistungen auch die „direkt mit dem Menschen“ verbundenen Humandienstleistungen im Austausch mit modernen Technologien stehen. Dies gilt für die Entwicklung wie für die direkte Anwendung. Die Digitalisierung wird gerade bei den bislang wenig produktiven Dienstleistungen zu neuen Anwendungen, aber auch zu Produktivitätssteigerungen führen, von denen viele Menschen profitieren können. Diese hybriden Anwendungsbündel, sog. Dienstleistungs-Technologie-Kombinationen, sind aber ohne industriell-technologischen Bestandteil und die dauerhafte Vernetzung mit industriellen Produkten nicht denk- und nicht anwendbar. Die Vernetzung in sog. „smart homes“ bis zu technologischen Angeboten in der Pflege bedarf immer der technologisch-industriellen Basis. Die Hoffnungen, die sich mit dieser nächsten Stufe der technologischen Entwicklung bzw. Diffusion und Anwendung verbinden, sind ohne das industrielle Fundament in der Bundesrepublik nicht realisierbar. Diese Zusammenhänge für eine humanere Ausgestaltung des (Arbeits)Alltags durch die Vernetzung von Industrie und Dienstleistungs-Technologie-Kombinationen gilt es zu vermitteln.

Wichtig ist dabei herauszustellen, dass nur eine ökologisch nachhaltige Modernisierung auch eine gesellschaftlich und ökonomisch angemessene Modernisierung ist. Und ökologischen Fortschritt wird es ohne industrielle Innovationen genauso wenig geben wie eine nachhaltige Energiewende ohne die Industrie. Die Entwicklung von Industrie und Gesellschaft dürfen und können nicht voneinander entkoppelt werden – daher sind Brücken nötig.

Zu diesen Brücken gehört eine stärkere Bürgerbeteiligung – gerade bei Großprojekten –, die über reine Information und Transparenz hinausgeht, indem sie frühzeitig echte Mitgestaltungsmöglichkeiten bietet. So können offene Fragen beantwortet und Missverständnisse ausgeräumt werden. Auf Ängste und Kritik kann eingegangen und ein

Konsens zwischen den Beteiligten erreicht werden. Aufklären und erklären ist nötig. Akzeptanz setzt Verständnis voraus. Und nur im öffentlichen Diskurs, mit klaren Verantwortungszuweisungen, kann das ebenfalls notwendige Vertrauen hergestellt werden, um eine breite Zustimmung zu erreichen. Ziel ist die Entwicklung eines Infrastrukturkonsenses, der neue Formen konzeptioneller Bürgerdialoge nutzt.

Eine zweiter wichtiger Ansatzpunkt, um die Attraktivität der Industrie zu steigern, besteht darin, proaktiv bestehende Vorurteile abzubauen. Wenn Industrie immer noch vielfach vor allem mit Umweltverschmutzung verbunden und Industriearbeit mit fehlenden Aufstiegschancen assoziiert wird, muss auch hier gegengesteuert werden. Dieses Bild der Industrie muss einer Wahrnehmung als Motor gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritts sowie individueller Lebensqualität weichen.

2. AG Investitionsstarke Industrie

Die im internationalen Vergleich niedrige deutsche Investitionsquote hat in den letzten zehn Jahren zu einem erheblichen Investitionsstau geführt. Aktuelle Studien gehen heute von einer Investitionslücke in Höhe von 80 bis 100 Milliarden Euro aus – pro Jahr. Deutschland hinkt seit Jahren mit einer Investitionsquote zwischen 17 und 18 Prozent des BIP dem Durchschnitt der Industrieländer um 3 Prozentpunkte hinterher. So zeigt eine genaue Betrachtung, dass die vergleichsweise schwache Investitionstätigkeit sich auf einige Bereiche konzentriert: im öffentlichen Sektor, v.a. bei den Verkehrsinvestitionen und den kommunalen Investitionen; in der Baubranche; bei den energieintensiven Industrien; und in den privaten und öffentlichen Investitionen in immaterielles Kapital. Um den deutschen Industriestandort zu sichern, müssen die Unternehmen und die öffentliche Hand wieder mehr investieren. Das gilt nicht nur für die Großindustrie, sondern auch für den Mittelstand und die Bauwirtschaft. Aber auch die staatliche Investitionstätigkeit, die nur rund 1,5 Prozent des BIP ausmacht, muss mit Blick auf den Ausbau und Erhalt öffentlicher Daseinsvorsorge, insbesondere Infrastruktur und Bildung, ausgeweitet werden. So kann etwa der öffentliche Ausbau von Verkehrs- und Netzinfrastruktur die Standortattraktivität steigern und damit Investitionsanreize für Unternehmen setzen. Der Staat ist aber nicht nur gefordert, in die notwendige Infrastruktur für eine wissensbasierte Industrie zu investieren. Vielmehr sind vor allem Bildungsinvestitionen in die nachhaltige Sicherung des heutigen und zukünftigen Bedarfs an qualifizierten Fachkräften nötig. Für ein angemessenes Qualifikationsniveau sind neben dem Staat im vor-/schulischen Bereich aber vor allem die Unternehmen mit angemessener Aus- und Weiterbildung sowie Qualifizierung in der

Pflicht. Nur so kann heute die Basis für den Fachkräftenachwuchs von morgen gelegt werden.

Für die unternehmerische Investitionstätigkeit spielen Rendite und Risiken die Hauptrolle. Direktinvestitionen im Ausland versprechen aufgrund der wachsenden Nachfrage nach Investitions- und hochwertigen Konsumgütern deutscher Unternehmen attraktive Gewinne. Ein wichtiger Faktor, um Investitionsanreize in Deutschland zu setzen, besteht daher darin, die Binnennachfrage und die Angebotsbedingungen für Investitionen zu steigern. Die Stärkung des privaten Konsums bedarf einer gerechten Einkommensverteilung und angemessener Tariflöhne. Studien zeigen, dass im Bereich der industriellen Wertschöpfung die höchsten Tariflöhne gezahlt werden, die sich auch positiv auf die Einkommensverteilung auswirken. Um das Investitionsklima zu verbessern, sind auch europäische Initiativen erforderlich, wie das vom neuen Kommissionsvorsitzenden Jean-Claude Juncker angekündigte Investitionsprogramm. Mit verbesserten steuerlichen Rahmenbedingungen kann ein Umbau der Industrie unter ökologisch nachhaltigen Gesichtspunkten attraktiver gestaltet werden. Der Staat kann vielfältige Anreize setzen, vor allem aber ist die Industrie gefordert, wieder in die eigene Zukunft zu investieren. Investitionen in Forschung und Entwicklung werden im Kern von den großen (traditionellen) Industrieunternehmen vorgenommen. Nur von ihnen kann die Investitionsschwäche bei Innovationen nachhaltig angegangen werden. Von diesen Investitionen profitiert nicht nur die Modernität der Industrie bzw. der Kapitalstock in diesen Großunternehmen, sondern diese Investitionen liefern auch die Grundlage für technologische Anwendungen in den mittleren und Kleinbetrieben. Sie sind die Basis, um die in der Bundesrepublik einzigartigen Wertschöpfungsketten zwischen Betrieben ganz unterschiedlicher Größe aufrechtzuerhalten.

3. AG Zukunft der Arbeit in Industrie und industriennahen Dienstleistungen

In einer wissensbasierten Industrie steigen die Anforderungen an die Beschäftigten. Neue Qualifikationen sind erforderlich und neue Berufsgruppen entstehen. Diese neue Berufswelt in Industrie und industrienahen Bereichen erhöht die Bedarfe an Qualifikation und (Weiter-)Bildung. Wir müssen den technischen Fortschritt nutzen, um neue Arbeitsplätze mit guten Arbeitsbedingungen zu schaffen. Wenn einfachere Tätigkeiten und Routinearbeit durch Automation und Robotik ersetzt werden, müssen gleichzeitig neue höherqualifizierte Arbeitsplätze entstehen. Dafür müssen die Beschäftigten nachqualifiziert werden. Fachkräfte, die kreativ und analytisch stärker den gesamten Produktionsprozess überblicken, werden verstärkt benötigt. Gleichzeitig stellt sich die Frage, wie mit

neuen Arbeitsvertrags-(Crowdsourcing) und Arbeitsplatzarrangements (Home Office; Arbeit von unterwegs, im Cafe) umgegangen wird. Sie ermöglichen auf der einen Seite eine von Beschäftigten eingeforderte Flexibilität, insbesondere Zeitsouveränität, und bieten Ansatzpunkte für einen besseren Ausgleich zwischen Arbeit und Privatleben. Auf der anderen Seite nehmen aufgrund der mit der technischen Entwicklung einhergehenden ständigen Erreichbarkeit psychische Belastungen, Stress und Erschöpfungssymptome zu. Es bedarf objektiver Kriterien der Stressbemessung als Vorlage für eine zu entwickelnde Anti-Stress-Strategie. Gleichzeitig den komplexeren Anforderungen an die Beschäftigten gerecht zu werden und gute, zukunftssichere Arbeit sicherzustellen – und damit die Zukunft der Industriearbeit nachhaltig zu gestalten, kann nur mit einer guten Beteiligungs- und Mitbestimmungskultur und zukunftstauglichen Personalkonzepten funktionieren. Nur so kann die Industrie attraktiv für Beschäftigte werden. Gute Arbeitsbedingungen, Beteiligungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten sowie ein angemessener Lohn sind gleichzeitig wichtige Stellschrauben für die Fachkräftesicherung.

4. AG Wertschöpfungsketten der Zukunft

Die digitale Revolution betrifft nicht nur die Alltags- und Lebenswelt. Sie vollzieht sich auch in der Arbeitswelt und verändert die Art und Weise, wie produziert und gearbeitet wird. Industrie 4.0 steht für die Vision einer vernetzten und flexiblen Produktion. Sie verbindet intelligente Produkte mit vernetzten Maschinen, Menschen und Unternehmen. Gleichzeitig werden Teile der Wertschöpfungskette dezentraler, räumlich verlagert und mobiler. Die Unternehmen müssen sich in dieser Welt neu arrangieren und an vier zentrale Charakteristika anpassen: Vernet-

zung, Offenheit, Partizipation und Agilität. Für die Unternehmensorganisation hat dies unterschiedliche, noch nicht ganz geklärte Folgen. Kleine und mittlere Unternehmen haben stärker die Chance, global, vernetzt und kooperativ zu agieren, weltweit verfügbare Kompetenzen in den eigenen Wertschöpfungsprozess einzubinden. Für Großunternehmen bietet dies die Chance, starre Strukturen durch flexible, virtuelle und mobile Arbeitsmodelle stärker zu flexibilisieren. Die Herausforderung besteht heute darin, in einer hochdynamischen Umwelt neue Organisationsformen für Unternehmen und Institutionen zu entwickeln. Der wachsende Innovationsdruck und die Unabhängigkeit der Märkte zwingen dabei zu erhöhter Flexibilität und Agilität.

Die Wertschöpfungskette löst sich bereits seit einigen Jahren immer stärker aus den Strukturen einzelner Unternehmen oder Industriestandorte heraus. Neben Outsourcing und globaler Arbeitsteilung kommen heute neue Formen der Arbeitsverlagerung durch Werkverträge und durch die Digitalisierung hervorgerufene Phänomene wie Crowdsourcing verstärkend hinzu. Die Frage ist, wie diese Arbeitsverhältnisse ausgestaltet sind. Die für eine nachhaltige Modernisierung der Industrie notwendigen qualifizierten Fachkräfte werden sich nur durch gute Arbeitsbedingungen, Beteiligung und angemessene Löhne finden und halten lassen. Wir brauchen für Beschäftigte attraktive, innovative sowie sozial und ökologisch nachhaltig geführte Unternehmen. Sie sind die Promotoren, um der Industrie den gesellschaftlichen Stellenwert einzubringen, der ihre Bedeutung für Wirtschaft und Gesellschaft widerspiegelt.

Berlin, November 2014

gez.

Ulrich Grillo
Präsident
Bundesverband der
Deutschen Industrie

Sigmar Gabriel
Bundesminister
für Wirtschaft und
Energie

Detlef Wetzel
1. Vorsitzender
IG Metall